



Deutsche Forschungsgemeinschaft

Von märchenhafter Freiheit

25 Jahre Spitzenforschung im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm

DFG

Marco Finetti

Von märchenhafter Freiheit

**25 Jahre Spitzenforschung
im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm**

herausgegeben von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft



Viele Jahre später...

Viele Jahre später dachte zu Bonn am Rhein ein Mann darüber nach, wie den Wissenschaftlern in Deutschland, und ganz besonders den Besten unter ihnen, zu helfen sei. Es war Weihnachten 1983, der Mann war Eugen Seibold, der damalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, und den deutschen Spitzenforschern fehlte es zu dieser Zeit an mancherlei. So wie es in einem anständigen Märchen zu erwarten ist, in dem zu Beginn häufig irgendetwas oder irgendwer fehlt, die liebende Mutter oder das Augenlicht, Gerechtigkeit, Freiheit oder Geld zum Leben.

An Geld fehlte es auch den besten Forschern im Lande, zwar nicht zum Leben, aber doch zum Forschen auf höchstem Niveau. Auch an Freiheit mangelte es ihnen, was noch zu erklären sein wird. Und zu alledem gingen ihnen Wertschätzung und Anerkennung ab.

Dass so vieles fehlte, hatte viele Gründe. Das begann schon damit, dass Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts alles, was mit „Leistung“, „Spitze“ oder – um es mit einem nur vermeintlich aktuellen Begriff auszudrücken – „Elite“ zu tun hatte oder haben wollte, in Politik und Gesellschaft nicht gut gelitten war. Selbst der damalige Bundespräsident Walter Scheel habe bei einer Aussprache mit der DFG „Elite nicht für zeitgemäß“ gehalten, erinnert sich Eugen Seibold. Und die im Bund und in einigen Bundesländern regierenden Sozialdemokraten konnten wohl noch weniger damit anfangen. Nicht viel anders sah es an den Hochschulen aus, dem Fundament des Forschungssystems. Sie standen noch immer im Banne der Umwälzungen, die „zwar mit dem Jahr 1968 verbunden werden, aber eigentlich erst in den siebziger Jahren voll zum Tragen kamen“, wie Hubert Markl, von 1977 bis 1983 Vizepräsident und von 1986 bis 1991 Seibolds Nachfolger als Präsident der Forschungsgemeinschaft, treffend bemerkt. Manche alten Zöpfe waren abgeschnitten worden, zugleich aber wurden die Hochschulen mehr und mehr zu Gruppen- und Gremienhochschulen gemacht, in denen der einzelne Forscher, der herausragende gar, einen immer schwereren Stand hatte.

Auch beim Geld. Was zu verteilen war, wurde ohnehin immer weniger, die Zeiten steter

.....
**„Das Element der Persönlichkeit,
das, wenn man so will,
genialische Moment in der
Forschung, trat mehr und mehr
in den Hintergrund.“**

Hubert Markl
.....

Etaterhöhungen waren vorbei, die Grundausstattungen wurden – langsam erst, aber schon erkennbar – beschnitten und überdies durch die Betreuung der wachsenden Studentenzahlen aufgezehrt. Und das, was es zu verteilen gab, wurde, so Markl, „mehr und mehr mit der Gießkanne verteilt“. Auch hier zählte die Gruppe, die Arbeit und Zusammenarbeit von Forschern, zusehends mehr als der Einzelne. Dahinter stand zwar auch die richtige Erkenntnis, dass sich das Wesen und die Arbeitsweise der Wissenschaft gewandelt hatten, dass Forschung von einer Berufung einiger weniger zu einem Beruf vieler und immer komplexer geworden war und das Zusammenwirken vieler Wissenschaftler mit unterschiedlichen Interessen und Fertigkeiten erforderte. Dahinter stand aber auch eine gewisse Gleichmacherei, die dem Individuum und seiner Spitzenleistung immer weniger Raum ließ. Oder, um noch einmal Hubert Markl zu zitieren: „Das Element der Persönlichkeit, das, wenn man so will, genialische Moment in der Forschung, trat mehr und mehr in den Hintergrund.“

Natürlich konnten auch Spitzenforscher über ihre normale Ausstattung hinaus Gelder für Forschungsprojekte einwerben, bei den Wissenschaftsministerien ihres Landes etwa oder bei den großen Forschungsförderorganisationen, allen voran der DFG. Doch das bedeutete immer vor allem eines: viel Arbeit und Warten. Anträge mussten geschrieben, Begutachtungen überstanden, Arbeitspläne aufgestellt, ihre Erfüllung dokumentiert werden. Das alles kostete Zeit – Zeit, die dann für die Forschungsarbeiten fehlte. Für die bereits begonnenen, mehr noch aber und gravierender: für die noch zu beginnenden. Neue Forschungswege einzuschlagen, über

unkonventionelle Ideen nachzudenken, mit ungewissem Ausgang und also auch mit dem Risiko des Scheiterns behaftete Projekte zu verfolgen, alles, was Spitzenforschung auch ausmacht: Das braucht ungleich mehr Zeit, Muße und Freiheit. Was wiederum ohne finanzielle Sicherheit nicht zu haben ist. Ein Teufelskreis. Ganz zu schweigen davon, dass es der Qualität nicht förderlich ist, auf diese Weise seine Forschungen zu finanzieren. Allzu leicht werden die Forscher abhängig von denen, die über die Gelder entscheiden, und ordnen ihre Kreativität den Antragsbedingungen und der Vergabepaxis unter, die einen notgedrungen, die anderen wohlkalkuliert. Der Sieg des wissenschaftlichen Mainstreams über die wissenschaftliche Originalität ist in beiden Fällen die Folge.

Konnte es bei diesem wahren Problemknäuel verwundern, dass die deutschen Spitzenforscher im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts nur noch selten vorne mitspielten? Sie, die lange weltweit führend gewesen waren, dann aber – nach zwei Weltkriegen, nach der Vertreibung und Ermordung ihrer jüdischen Kollegen durch die Nationalsozialisten, nach der Zerstörung ihrer Labors und Institute und dem Aufstieg anderer Wissenschaftsnationen im Zweiten Weltkrieg – ohnehin viel an Glanz und Vormachtstellung

Eugen Seibold

Der Geologe, 1918 in Stuttgart geboren und ab 1958 Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts an der Universität Kiel, war von 1980 bis 1985 Präsident der DFG. An der Spitze der größten deutschen Forschungsförderorganisation ging es ihm nicht zuletzt darum, die öffentliche Hand zu einer stärkeren Förderung der Spitzenforschung zu bewegen.



verloren hatten, sie waren international noch weiter zurückgefallen. Was sich nicht zuletzt in der immer niedrigeren Zahl wegweisender Forschungsergebnisse oder spektakulärer Forschungsveröffentlichungen deutscher Wissenschaftler zeigte. Und an den immer selteneren Preisen für diese. Dass bei der Bekanntgabe der Nobelpreis-Gewinner in Wissenschaftsministerien und Forschungsförderorganisationen Strichlisten geführt wurden, das stellen alle, die später den Leibniz-Preis aus der Taufe hoben, in Abrede. Dass deutsche Wissenschaftler aber immer häufiger – und mitunter jahrelang – leer ausgingen bei der Vergabe der höchsten Weihen, das registrierten sie wohl. Und zogen ihre Schlüsse daraus.

Vornweg Eugen Seibold, der Präsident der Forschungsgemeinschaft. Der Kieler Geologe stand seit 1980 an der Spitze der DFG und versuchte seitdem, die öffentliche Hand zu einer stärkeren Förderung der Spitzenforschung zu bewegen. Zunächst ohne Resonanz. Dann, 1983, schien sich die politische Großwetterlage zu bessern. In Bonn war kurz zuvor eine neue Bundesregierung ans Ruder gekommen, die Begriffe wie „Leistung“ und „Elite“ ganz unverblümt im Munde führte. Als die neue Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, am 1. Dezember 1983 das DFG-Präsidium in den Schaumburger Hof in Bonn-Bad Godesberg einlud, nutzte Seibold die Gelegenheit. Was er sagte und was daraus wurde, das macht den Leibniz-Preis in gewisser Weise auch zu einem Kind der viel zitierten „geistig-moralischen Wende“ der beginnenden Ära Kohl.

„Ich sah für die CDU und sie (Wilms) persönlich eine auch nach außen wirkende

Chance, die Gleichmacherei zu durchbrechen und damit die Forschung in der Bundesrepublik wirksamer zu fördern“, schildert Seibold rückblickend seinen Anknüpfungspunkt. Sein eigentliches Anliegen brachte der DFG-Präsident der Ministerin dann in wenigen Worten nahe: „Jetzt sollte man einigen wenigen handverlesenen Spitzenforschern viel Geld auch ohne Anträge fest zusagen, vielleicht in Form eines Preises.“

Frau Wilms, so erinnert sich Seibold weiter, habe den neuen Ansatz sofort eingesehen, jedoch eingewandt, „dass sie dafür nicht die notwendigen Mittel beibringen könne“. Der DFG-Präsident möge sich doch an ihren Kollegen Heinz Riesenhuber, den Chef im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) wenden. Nur wenige Tage später, kurz vor Weihnachten 1983, erörterte Seibold seinen Plan erstmals mit Josef Rembser, dem Abteilungsleiter II im Forschungsministerium. Damit waren die beiden wichtigsten Väter des Leibniz-Preises beisammen. Konkrete Ergebnisse brachte der erste Austausch nicht, doch bat Rembser Seibold, „über Weihnachten über Möglichkeiten einer zusätzlichen Förderung der Spitzenforschung nachzudenken“.

Eben dies tat Seibold, und am 3. Januar 1984, schrieb er jenen Brief, der den eigentlichen Anstoß für den späteren Leibniz-Preis geben sollte. Darin formulierte Seibold, nach einer

.....
**„Spitzenforscher sollten
anerkannt und durch finanzielle
Zuschüsse für ihre Arbeit oder
sonstige Erleichterungen aus-
gezeichnet werden, die sie nicht
konkret beantragen müssen.“**

Eugen Seibold
.....

kurzen Problemschilderung, seine Idee so:
„Spitzenforscher sollten anerkannt und
durch finanzielle Zuschüsse für ihre Arbeit
oder sonstige Erleichterungen ausgezeichnet
werden, die sie nicht konkret beantragen
müssen.“ Und er fügte hinzu: „Nachdruck
sollte auf junge Forscher gelegt werden, die
zum Beispiel gerade im Begriff sind, eine
eigene Arbeitsgruppe/Institut aufzubauen.“
„Forschungspreise“ und „Bundesstipendien“
nannte Seibold sein geistiges Kind. Dabei
hatte er offenbar eine recht breite Spitzen-
förderung im Sinn. Für ihn war es denkbar,
„dass mindestens jährlich an rund 60 Hoch-
schulen je zehn solcher Forschungspreise
oder Bundesstipendien gehen sollen“. Sie
sollten zunächst für drei Jahre bewilligt
werden, wobei jährlich – so findet es sich
wörtlich in Seibolds Brief – „bis ? 50.000
DM“ gewährt werden sollten. Mit diesen
Vorschlägen verband Seibold keineswegs
den Anspruch, das Rad neu zu erfinden.
Ausdrücklich verwies er auf ein erfolgreiches
„Modell“, den Fonds der Chemischen
Industrie, der alleine 1982 über 1.000
Hochschullehrern „leistungsorientierte
individuelle Forschungsbeihilfen“ bereit-
gestellt habe.

All dies unterschied sich noch deutlich von
dem, was dann der Leibniz-Preis werden
sollte. Zugleich enthielt Seibolds Brief jedoch
schon wesentliche Grundgedanken des späte-
ren Förderprogramms: Bei der Auswahl der
Empfänger könnten die Gutachter der DFG
helfen, schlug Seibold vor. Und: Die
Zuwendungen sollten ohne großen
bürokratischen Aufwand „jeweils durch
formloses Einsenden entsprechender Rech-
nungen oder Bescheinigung“ abgerufen
werden können. Die Vorzüge eines solchen

Modells machte Seibold wiederum anhand
des Fonds der Chemischen Industrie klar:
„Eigenverantwortung, Vertrauensvorschuss
bei nachgeschalteter Kontrolle sowie die
Entlastung des Hochschullehrers von
Verwaltungsarbeit.“ So werde der
Forschungsfreiraum erheblich erweitert.

Seibold schickte sein Schreiben an die Minister
Heinz Riesenhuber und Dorothee Wilms und
an die zuständigen Abteilungsleiter in beiden
Ministerien, Josef Rembser im Forschungs-
und Eberhard Böning im Bildungsministe-
rium. In beiden Häusern löste der Vorschlag
des DFG-Präsidenten „hohe Wogen“ aus, wie
Rembser Ende Februar 1984 an Seibold
berichten konnte. Gerade im Forschungs-
ministerium hatte man sich freilich bereits
eigene Gedanken gemacht. Aus beidem
entwickelte das BMFT nun ein Konzept zur
„Förderung von wenigen ausgewählten
Spitzenforschern“, das Rembser Ende März
1984 Carl-Heinz Schiel, dem Generalsekretär
der DFG, erläuterte: Bereits von 1985 an
sollten „zehn hervorragende Wissenschaftler
einen Einzelkredit von je drei Millionen Mark
zur Verwendung über fünf Jahre hinweg
bewilligt bekommen, und zwar nicht auf
Antrag, sondern auf Vorschlag einer aus-
gewählten Gruppe von Gutachtern. Über
die Mittel könne frei verfügt werden.“ Die
Durchführung eines solchen Programms
solle die DFG übernehmen.

DFG-Jahresversammlung 1984 in Bonn

(v.l. NRW-Kultusminister
Hans Schwier, DFG-Präsident
Eugen Seibold und
Bundesbildungsministerin
Dorothee Wilms)



Bedenken innerhalb der DFG

Die DFG hatte durch ihren Präsidenten den Anstoß gegeben für das, was später der Leibniz-Preis wurde. Dennoch gab es auch innerhalb der Forschungsgemeinschaft Bedenken und Widerstände. Sie waren teils ganz grundsätzlicher Natur. Was denn „Spitzenforschung“ im Rahmen des neuen Programms bedeute und worin sie sich von der Spitzenforschung unterscheide, die man doch seit jeher fördere – darüber wurde im Senat der DFG diskutiert. Für manche in der Geschäftsstelle und in den Gremien verstieß das Programm gegen ehrnste Prinzipien, „weil dann viele Millionen ohne Begutachtung ausgegeben werden müssen“, wie sich Seibold an ein häufig gehörtes Argument erinnert. Wieder andere befürchteten gerade für die Gutachter und die Gremien zusätzliche Belastungen.

Dieses Konzept nahm bereits die Eckpunkte des Leibniz-Preises vorweg. Die Beschränkung auf einige wenige herausragende Forscher, die außergewöhnlich hohe Fördersumme und ihre freie Verfügbarkeit – daran sollte sich nach dem März 1984 nichts mehr ändern. Welchen Weg dieses Konzept trotzdem nehmen musste, wer dabei in unzähligen Gesprächskreisen mitreden musste und mitredete, worüber im Großen und im Detail gestritten wurde, wie viele Besprechungsvermerke, Ergebnisprotokolle und Programmentwürfe formuliert, verworfen und wieder neu gefasst wurden, bis daraus der Leibniz-Preis wurde: Das ist eher der Stoff für eine wissenschaftshistorische Dissertation. Für unsere Zwecke und an dieser Stelle wollen wir es bei drei Feststellungen belassen.

Erstens: Es dauerte lange, bis zum Juli 1985 nämlich, ehe der Bund und die Länder – letztere mussten wegen ihrer Zuständigkeit für die Hochschulen mitmachen – gemeinsam das Programm zur Förderung der Spitzenforschung beschlossen, und auch dann waren nicht alle offenen Fragen geklärt. Zweitens: Dass es so lange dauerte, lag – wie nicht anders zu erwarten – am Streit um das Geld. Denn während die für Forschung und Wissenschaft verantwortlichen Minister des Bundes und der Länder der Spitzenförderung in föderaler Eintracht zustimmten oder ihr gegenüber zumindest aufgeschlossen waren, zogen die Finanzminister lange nicht mit. Und schließlich ging es um die für die DFG entscheidende Frage, ob das Programm aus zusätzlichen Mitteln finanziert werden oder ob es mit dem regulären Etat der Forschungsgemeinschaft verrechnet werden

solle, wodurch dieser faktisch geschrumpft wäre. Und drittens: Irgendwann waren auch diese Fragen geklärt. Nun lag es an der DFG, das Programm zur Förderung der Spitzenforschung zu übernehmen und mit Leben zu füllen.

Dass die Forschungsgemeinschaft dies tun würde, hätte man erwarten können, schließlich hatte sie es sich in Gestalt ihres Präsidenten gewissermaßen selbst eingehandelt. Dennoch gab es auch hier zumindest zeitweise erhebliche Bedenken und Widerstände. Die Verfechter des Programms, allen voran Seibold, kostete es viel Schweiß, diese Bedenken zu zerstreuen. Sie machten sich freilich selbst Sorgen, und als es zwischenzeitlich so aussah, als sollten die Mittel für das Programm auf die Steigerungsrate des DFG-Haushalts angerechnet werden, neigten auch sie dazu, die Sache sein zu lassen. Seibold selbst wurde angesichts der immer neuen Verzögerungen beinahe schon zur tragischen Figur in unserem Märchen. Seine Amtszeit lief Ende 1985 ab und immer mehr sah es so aus, als ob er die Früchte seiner Bemühungen zumindest als DFG-Präsident nicht mehr ernten könnte. Erst als Bund und Länder endgültig entschieden hatten, dass die DFG zusätzliche Mittel erhalten würde, beschloss die Forschungsgemeinschaft am 18. Oktober 1985, das Programm zu übernehmen und durchzuführen. Damit konnten 1986 die ersten Fördergelder vergeben werden.

„Förderpreis“

Pro Jahr erhalten etwa zehn exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bis zu 1,55 Millionen Euro (seit 2007 bis zu 2,5 Millionen Euro) – ursprünglich drei Millionen Mark –, die sie nur für Forschungsprojekte verwenden dürfen.

„Deutsche Wissenschaftler“

Die Forschung in Deutschland soll gestärkt werden, was jedoch nicht heißt, dass die Preisträger deutsche Staatsbürger sein müssen. Vielmehr sollen sie an deutschen Forschungsstätten arbeiten.

„Im Programm der DFG“

Der Förderpreis und die Fördergelder werden von der selbstverwalteten Wissenschaft direkt und ausschließlich nach Kriterien der wissenschaftlichen Qualität vergeben.

Fast zwei Jahre hatte es also gedauert, bis Eugen Seibolds Idee Programm geworden war. Dieses hieß nun in schönem, präzisiertem Haushaltsdeutsch „Sonderprogramm zur Förderung ausgewählter Forscher und Forschergruppen (Spitzenforschung)“. Doch damit wollte man bei der DFG nicht an den Start gehen. „Zum einen fanden wir, dass die Klammerführung irreführen könnte: Die DFG fördert selbstverständlich seit jeher in allen ihren Programmen Spitzenforschung“, erinnerte sich Hubert Markl später an den Einwand, der noch einmal die Bedenken in der Förderorganisation aufnahm. „Zum anderen“, so Markl augenzwinkernd weiter, „waren wir der Ansicht, dass sich doch auch ein komplizierterer Name finden lassen müsse“. So wurde daraus der „Förderpreis für deutsche Wissenschaftler im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft“. Das war tatsächlich komplizierter, aber auch erhellender. Jedes Wort verdeutlichte hier einen besonderen Aspekt des Programms.

„Förderpreis“ machte deutlich, dass es sich bei den zu verteilenden Geldern um Fördermittel für die Wissenschaft und nur um solche handelte. Die jährlich etwa zehn auszuzeichnenden Forscherinnen und Forscher sollten die stolze Summe von bis zu drei Millionen Mark ausschließlich für ihre Arbeit verwenden – nicht etwa für ein Ferienhaus am Comer See und auch nicht für den Sportwagen, um schneller dorthin zu gelangen. „Förderpreis“ sollte ferner hervorheben, dass exzellente und herausragende, eben preiswürdige Forscher ausgezeichnet werden sollten – und, so Markl später, „dass die Mittel mit so viel Freiheit für die weitere Forschung eingesetzt werden können, wie sie

wohl sonst nur ein Preis gewähren kann“. Der Begriff „deutsche Wissenschaftler“ sollte zeigen, dass die Forschung in Deutschland gestärkt werden solle. Das hieß jedoch nicht, dass die Auszuzeichnenden deutsche Staatsbürger sein mussten. Vielmehr sollten sie an deutschen Forschungsstätten arbeiten. Dass das Ganze ein Programm der DFG war, betonte diese schließlich nicht, um sich selbst zu adeln, sondern um zu zeigen, dass die Fördergelder von der Wissenschaft selbst und ausschließlich nach Kriterien der wissenschaftlichen Qualität vergeben werden sollten. Von den Vorschlägen für die Preisträger, die etwa aus den Hochschulen und den großen Forschungseinrichtungen und Organisationen kommen sollten, über die Nominierung der Kandidaten, die ein hochkarätig besetzter Ausschuss der DFG vornahm, bis zur Vergabe der Preise durch den Hauptausschuss und zur Betreuung der Preisträger durch die Geschäftsstelle der DFG – überall hatte die selbstverwaltete Wissenschaft das Sagen, lag die Verantwortung in ihrer Hand.

Blieb die Frage nach dem Namenspatron. Sie war und blieb lange ein Problem, und nicht das kleinste. Dass eine Symbolfigur das Programm nicht nur versinnbildlichen, sondern auch bekannter und akzeptierter machen könne, in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, stand außer Frage. Auch dass es eine Figur aus der Wissenschaft sein müsse, war klar. Alles andere nicht. Im Gegenteil: Den einen zu finden, der für all das stand, was der neue Förderpreis sein sollte, schien nicht nur schwierig, sondern geradezu unmöglich. Mehrere Namen wurden erwogen und wieder verworfen. Durchaus Chancen hatte zunächst offenbar Hermann von Helmholtz, aber der, so erinnert sich Hubert Markl, „war



doch zu sehr Naturwissenschaftler, um die ganze Bandbreite der auszuzeichnenden Wissenschaften zu repräsentieren“. So wie Leopold von Ranke und Theodor Mommsen zu sehr Geisteswissenschaftler waren. Max Planck wäre ein würdiger Patron gewesen, er stand jedoch schon für die größte und wichtigste außeruniversitäre Forschungsorganisation im Lande. Auch der Name Albert Einstein wurde erwogen, doch scheute die größte deutsche Forschungsorganisation – und das zeichnete sie aus – davor zurück, „auf diese Weise einen Wissenschaftler zu vereinnahmen, der so viel an Deutschland und an der deutschen Wissenschaft gelitten hatte“, wie Markl es rückblickend formuliert.

So gingen die Monate ins Land. Anfang 1986 war es, im April sollten die ersten Preisträger ausgewählt, die ersten Preise verliehen werden. Einen Namenspatron aber hatte man immer noch nicht.

Wer als erster auf Gottfried Wilhelm Leibniz kam – die Frage lässt sich, wie so viele spannende Fragen, nicht mehr beantworten. Als der Name dann einmal im Raume stand, war die Sache rasch entschieden. War Leibniz nicht eine der bedeutendsten Personen der gesamten Wissenschaftsgeschichte? Konnten sich nicht alle Wissenschaften in ihm und seinem allumfassenden Werk repräsentiert finden? War er nicht das beste Beispiel für die Grenzen und Nationalitäten übergreifende Kraft der Wissenschaft? Stand er nicht mit allem für das eine große Ziel, dem sich noch jede Wissenschaft verpflichtet wusste: die Welt rational verständlich zu machen? Und schließlich: Hatte nicht er die Grundidee des neuen Preises vorweggenommen, als er forderte, die in allerlei Fesseln gefangenen Wissenschaftler durch Stipendien zu fördern, „vielmehr ihnen zu helfen, als sie zu verkleinern oder ihnen einzugreifen trachten“? Einen besseren Namenspatron konnte es nicht geben.

So war denn im April 1986 endlich alles geklärt. Der Weg für die Vergabe des Schatzes war bereitet. Und diejenigen, die in den Genuss dieses Schatzes kommen sollten und die er so reich belohnen würde, auf dass sie andere reich damit belohnten – sie waren schon unterwegs zu ihm. Auch wenn sie es nicht wussten. Höchste Zeit also für das eigentliche Märchen, zu beginnen, höchste Zeit für seine Helden, die Märchenbühne zu betreten.